



Liebe Genossinnen und Genossen,

auch in einer extremen Stresslage behält Europa die Fähigkeit zum Kompromiss und verhindert das Auseinanderbrechen der Euro-Zone. Nach der Einigung auf ein drittes Hilfspaket für Griechenland können die Europagegner und Scharfmacher für einen Grexit die Sektflaschen wieder in den Kühlschrank stellen. Es geht nun darum, einen langfristigen Kompromiss zu finden, der die Einheit der Euro-Zone wahrt und Griechenland gleichzeitig aus der Schuldenproblematik herausführt.

Zurück ins Saarland: Die Landesbank Saar wird als eine der ersten Banken vom neuen EU-Investitionsprogramm (EFSI) profitieren. Rund 150 Millionen Euro werden der Bank zur Verfügung gestellt, um damit Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zu finanzieren.

Diese und weitere Themen findet Ihr in meinem neuen Newsletter. Viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Jo Leinen



NEUES AUS EUROPA

Und der Großregion SaarLorLux

No. 7/15, August 2015

Themen

Aktuelle Themen in der Europapolitik

Griechenlandkrise: Auch im Stress hält Europa zusammen

Ein eigener Haushalt für die Euro-Zone

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Umweltausschuss (ENVI): Europäisches Parlament legt Position zu Kreislaufwirtschaft fest

Verfassungsausschuss (AFCO): Reform des Europawahlrechts nimmt konkrete Züge an

Plenarwoche in Straßburg: TTIP - Private Schiedsstellen beerdigt

News aus der Großregion SaarLorLux

SaarLorLux-Abkommen für die Verfolgung von Verkehrsdelikten gefordert

EU-Gelder für saarländische Energiewende gesichert

Roaming-Gebühren werden abgeschafft

Griechenlandkrise: Auch im Stress hält Europa zusammen

Auch in einer extremen Stresslage behält Europa die Fähigkeit zum Kompromiss und verhindert das Auseinanderbrechen der Euro-Zone. Nach der Einigung auf dem Eurogipfel können die Europagegner und Scharfmacher für einen Grexit die Sektflaschen wieder in den Kühlschrank stellen.

Bis zur vollständigen Umsetzung des Reform- und Hilfsprogramms ist es noch ein steiniger Weg. Der politische Wille zum Zusammenhalt der Euro-Zone muss jetzt auch in den nationalen Parlamenten organisiert werden. Das ist wichtig, um das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten wiederherzustellen. Die Risse am europäischen Haus müssen schnell beseitigt werden, auch um die vielen anderen Herausforderungen in Europa bewältigen zu können.

Ein eigener Haushalt für die Euro-Zone

Die Euro-Zone braucht einen eigenen Haushalt, um notwendige Strukturreformen in den Mitgliedsländern zu begleiten und unvorhersehbare wirtschaftliche Schocks abzufedern. Das Euro-Budget muss von einem Schatzamt (europäischer Finanzminister) unter demokratischer Kontrolle durch das Europäische Parlament gestaltet werden. Der Euro-Haushalt sollte nicht aus Beiträgen der Mitgliedstaaten gespeist werden, sondern aus eigenen europäischen Einnahmen, zum Beispiel aus einer europaweiten Finanztransaktionssteuer oder anderen direkten Steuerquellen.

Die Euro-Zone dümpelt dahin wie ein Schiff ohne Motor und Kapitän. Die Erfahrungen der Finanzkrise zeigen, dass die Währungsunion durch eine Wirtschafts- und Finanzunion ergänzt werden muss. Nach der Sommerpause müssen konkrete Beratungen über die nächsten überfälligen Schritte der europäischen Integration beginnen.

Einige Mitglieder des Sachverständigenrates der Bundesregierungen lehnen ein europäisches Schatzamt und weitere Integrationsschritte ab (vgl. FAZ, 28. Juli 2015). Diese Professoren halten aus ideologischen Gründen an einem Konzept der Währungsunion fest, das von der Realität überholt worden ist. Die Vorstellung, dass die Währungsunion ohne zusätzliche Instrumente der Wirtschafts- und Finanzsteuerung überleben kann, ist akademisch und weltfremd.

Umweltausschuss (ENVI): Europäisches Parlament legt Position zu Kreislaufwirtschaft fest

Weltweit werden Rohstoffe knapp und immer teurer. Zugleich produzieren wir mehr Abfall denn je. Die verschwenderische Nutzung der Ressourcen schadet nicht nur der Umwelt, sondern stellt obendrein ein wirtschaftliches Risiko dar. Das Modell der Zukunft ist die Kreislaufwirtschaft, in der Produkte langlebig, reparierbar und recycelbar sind. Im Juli haben wir dazu in einem Initiativbericht unsere Position festgelegt.

Ohne ambitionierte Ziele für eine effizientere Nutzung von Rohstoffen werden wir die Ökosysteme weiter schädigen und die Wirtschaft nicht zukunftsfähig gestalten. Die Europäische Kommission soll im Herbst ein verbindliches Ziel von 30 Prozent bis 2030 zur Steigerung der Ressourceneffizienz vorlegen.

Der Initiativbericht fordert die Kommission dazu auf, in ihren Gesetzesvorschlägen Zielwerte für die Reduktion von Siedlungs- und industriellem Müll für 2025 festzulegen. Separate Sammlungssysteme für Papier-, Metall-, Plastik-, Glas- und Kompostabfall sollen als Grundstein für höhere Recyclingquoten EU-weit eingeführt werden. Das ist nötig, da es in vielen Mitgliedstaaten noch keine effizienten Mülltrennungssysteme gibt - und Recycling so erheblich erschwert wird. Außerdem soll die Kommission einen Vorschlag für ein verbindliches Deponieverbot vorlegen.

Verfassungsausschuss (AFCO): Reform des Europawahlrechts nimmt konkrete Züge an

Im Juli habe ich im Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments (AFCO) einen Gesetzentwurf für die Reform des Europawahlrechts vorgestellt. Zusammen mit Danuta Hübner (EVP) bin ich verantwortlicher Berichterstatter für die Reform.

Die Sichtbarkeit der Europäischen Parteienfamilien und ihrer Spitzenkandidaten muss verbessert werden, damit die Wähler wissen, wie sich ihre Stimmabgabe auf die politische Arbeit im Europäischen Parlament auswirkt. Die Mitgliedschaft von nationalen Parteien in einer Europäischen Parteienfamilie sollte auf dem Wahlzettel ausgewiesen werden. Auch auf Wahlkampfmaterialien sollten die Namen und Logos der Europäischen Parteien erscheinen.

Der Flickenteppich nationaler Wahlgesetze ist zudem nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar. Unionsbürger müssen unabhängig von Wohnort und Nationalität nach vergleichbaren Regeln wählen können, die demokratische Standards erfüllen. Ich schlage eine Mindestfrist von 12 Wochen für die Aufstellung der Wahllisten durch die nationalen Parteien vor. Auch eine Mindestschwelle zur Erreichung von Mandaten im Parlament muss auf EU-Ebene eingeführt werden. Mittlerweile ist das Europäische Parlament mit 186

Parteien ernsthaft in seiner Funktionsfähigkeit gefährdet. Fast alle Mitgliedstaaten haben eine Mindestschwelle zwischen drei und fünf Prozent. Dies sollte zum allgemeinen Standard werden. Zudem ist eine Angleichung des aktiven und passiven Wahlalters zu überlegen.

Um die Wahlen attraktiver zu machen, sollte auch eine sichere elektronische Stimmabgabe über das Internet ermöglicht werden. Ich bin davon überzeugt, dass dem E-Voting die Zukunft gehört.

Plenarwoche in Straßburg: TTIP - Private Schiedsstellen beerdigt

Während der Juli-Plenarwoche in Straßburg haben wir eine Resolution mit Forderungen an die laufenden TTIP-Verhandlungen verabschiedet und damit die privaten Schiedsstellen beerdigt. Auch haben wir starke Arbeitnehmerrechte und den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der kulturellen Vielfalt in der TTIP-Resolution verankert. Die Absenkung von Standards für Verbraucher-, Umwelt- und Datenschutz ist mit uns Sozialdemokraten nicht verhandelbar.

Unsere Interessen müssen gesichert bleiben:

- Die geltenden Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Lebensmittel-, Umwelt- und Gesundheitsschutzvorschriften dürfen nicht in Frage gestellt werden.
- Datenschutz und kulturelle Vielfalt in der EU sind nicht verhandelbar.
- Der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge - eine Aushöhlung unserer europäischen Normen in diesem Bereich ist mit uns nicht machbar.
- TTIP muss verbindliche Regeln zur Regulierung der Finanzmärkte enthalten, die auch für zukünftige Abkommen Standards setzen.

Wir Sozialdemokraten werden dieses Projekt intensiv und umfassend auf die Verträglichkeit mit europäischen Normen untersuchen.

News aus der Großregion SaarLorLux

SaarLorLux-Abkommen für die Verfolgung von Verkehrsdelikten gefordert

Dass Falschparken in einer europäischen Richtlinie nicht erwähnt wird, kann nicht bedeuten, dass Autofahrer aus den Nachbarländern im Saarland nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Alles andere wäre unverständlich und ungerecht. Es ist ziemlich abwegig zu behaupten, Europa-Recht wolle die Verfolgung von Falschparkern aus dem Ausland verhindern oder behindern. Auf eine solche Idee können nur ‚Winkeladvokaten‘ kommen.

Es gehört zur Gerechtigkeit, dass alle Falschparker - ganz gleich welcher Nationalität - ein Knöllchen bekommen können. Die Datenbanken der Verkehrsbehörden oder der Polizei müssen den Städten und Gemeinden für die Ermittlung der jeweiligen Fahrzeughalter zur Verfügung stehen.

Schwieriger ist die Durchsetzung von Strafzetteln im Ausland. Mehrere Länder, zum Beispiel die Schweiz oder die Niederlande, beauftragen dazu Inkassobüros. In der SaarLorLux-Region sollte eine grenzüberschreitende Vereinbarung für die Verfolgung von Verkehrsdelikten inklusive dem Falschparken abgeschlossen werden.

EU-Gelder für saarländische Energiewende gesichert

Die Landesbank Saar wird als eine der ersten Banken vom neuen EU-Investitionsprogramm (EFSI) profitieren. Rund 150 Millionen Euro werden der Bank zur Verfügung gestellt, um damit Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zu finanzieren. Der Fonds sichert das Risiko für die Kredite ab und erweitert insofern den Spielraum der Landesbank für die Energieprogramme.

Mit dem Geld kann die Landesbank neue Kredite für den Ausbau der Erneuerbaren Energien finanzieren. Das ist ein wichtiger Schritt für die Energiewende im Saarland. Das Saarland hat sein Potential im Bereich Erneuerbarer Energien noch nicht voll ausgeschöpft.

Roaming-Gebühren werden abgeschafft

Auf der ersten Sitzung der neugegründeten Arbeitsgruppe "Abgeordnete aus Grenzregionen" in Brüssel haben wir die vielfältigen Benachteiligungen der Grenzregionen bei der Nutzung von Telekommunikations- und Internetdiensten kritisiert.

Das Internet kennt keine Grenzen und trotzdem sind etliche Grenzregionen bei der Nutzung der modernen Medien benachteiligt. Entlang der nationalen Grenzen gibt es oft keinen Zugang zum Internet und erst recht nicht zur Breitbandtechnologie. Unterschiedliche nationale Standards verhindern oftmals die grenzüberschreitende Nutzung des Internets.

Noch unzeitgemäßer ist die Erhebung von Sondergebühren bei Telefongesprächen über die nationalen Grenzen hinweg. Entlang der saarländisch-lothringischen Grenze gibt es Fälle, dass die Menschen vor der Tür das deutsche Telefonnetz empfangen und im Garten einen französischen Netzanbieter und dafür Roaming-Gebühren bezahlen müssen.

Bei der Arbeitsgruppensitzung gab es dann eine gute Nachricht: Die Roaming-Gebühren in

der Europäischen Union werden abgeschafft. Der politische Druck aus dem Europäischen Parlament hat geholfen, die Widerstände bei einigen Mitgliedstaaten zu überwinden.

Kontakt

Europa-Büro Jo Leinen

Talstraße 58

D-66119 Saarbrücken

europa-buero@joleinen.de

Tel. 0681-5891331

Fax. 0681-5891332

Im Internet

www.joleinen.de

www.spd-europa.de

www.europarl.de

 [facebook](#)

MitarbeiterInnen:

Marlene Lehmann

Michael Bachmann

Petra Müller-Jost